

**Präs'in BVerwG Marion Eckertz-Höfer
Grußwort**

**18. Verwaltungsrechtliche Jahresarbeitstagung
des Deutschen Anwaltsinstituts e.V. (DAI)**

27. Januar 2012

Sehr geehrter Herr Prof. Quaas, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Willkommen in Leipzig! Schön, dass die Veranstaltung ihrer Tradition treu bleibt und wiederum in den Räumlichkeiten des Bundesverwaltungsgerichts tagt. Ich habe angesichts Ihres Tagungsprogramms die erfreuliche Gewissheit, dass Ihre Erörterungen – wie in den Jahren zuvor – den fachlichen Austausch zwischen Anwaltschaft und Richterschaft erneut beflügeln werden.

In dem ersten Generalthema dieser Tagung behandeln Sie das Verhältnis von Richter und Anwalt als Akteure des Verwaltungsprozesses. Ein Seitenthema dazu ist die Frage, ob die medienbezogene Öffentlichkeit zuschauen darf, wenn die Akteure in der öffentlichen Verhandlung aufeinander treffen. Das führt zu der allgemeinen Frage nach der „Medienöffentlichkeit im Gerichtssaal“, genauer der Frage: Sollten wir unsere Gerichtssäle mehr für das Fernsehen öffnen? Das ist eine Frage, die beide Akteure – Richter und Anwälte – immer einmal wieder umtreibt.

Um diese Frage war es allerdings lange Zeit etwas ruhig geworden. Der Schwerpunkt der Diskussion in der Literatur dazu findet sich in den 90er Jahren. Dazu gab es seinerzeit Anlässe. Das waren insbesondere der Honecker Prozess¹ und der Prozess gegen Egon Krenz und andere DDR-Funktionäre vor dem Berliner Landgericht². Ein weiterer Fall war ein Rechtsstreit vor dem BVerwG, seinem 6. Senat, dem ich damals angehörte: Es ging um einen bayerischen Kreuzifix-Fall.³ Alles Prozesse, bei denen die Fernsehsender auf ein großes

¹ Vgl. LG Berlin, B. v. 13.1.1993 – 527 – 10/92 – Verfahrenseinstellung nach Beschluss des Berliner Verfassungsgerichts; BVerfG, Beschl. v. 14.07.1994 – 1 BvR 1595/92, 1606/92 – BVerfGE 91, 125.

² Vgl. BVerfG, Beschl. v. 24.10.1996 – 2 BvR 1851, 1852, 1853, 1875/94 – BVerfGE 95, 96 – Mauerschützen.

³ BVerwG, Urf. v. 21.4.1999 – 6 C 18/98 – BVerwGE 109, 40.

Zuschauerinteresses rechnen konnten – denn die für ein breiteres Interesse stets nützliche Personalisierung war allen Fällen immanent: Es waren natürlich nicht die Richter oder beteiligten Anwälte, die man als Akteure im Fernsehen sehen wollte. Nein, es waren die Beteiligten selbst, die Kläger, die Beklagten, die Angeklagten. Es ging nicht zuletzt um voyeuristische Neugierde. Selbst im Kruzifix-Fall vor dem BVerwG, bei dem dies von der Fallgestaltung her nicht selbstverständlich war, war sicherlich ein nicht unwesentlicher Faktor, dass sich die damalige Staatsministerin Monika Hohlmeier höchstpersönlich angekündigt hatte.

Die Debatte in den 90er Jahren fand einen vorläufigen Endpunkt, nachdem Anfang 2001 das Bundesverfassungsgericht entschied.⁴ Das Gericht formulierte damals als Leitsatz: „Gerichtsverhandlungen sind Informationsquellen. Über ihre öffentliche Zugänglichkeit entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen seiner Befugnis zur Ausgestaltung des Gerichtsverfahrens.“ Eine inhaltlich durchaus überzeugende Entscheidung, welche die Entscheidung über die Fernsehöffentlichkeit also weitgehend dem Gesetzgeber überließ. Die drei Dissenter hatten dem damals wenig entgegen zu setzen. Auch sie verlangten keine Revolution gegen die entstandene Praxis, sondern lediglich ein Mehr an Ausnahmen von dem gesetzlichen Verbot des § 169 Satz 2 GVG, dem Verbot von Ton- und Filmaufnahmen. Das war vor zehn Jahren. Man konnte denken, die Sache sei damit entschieden.

Aber: Vor einem guten Jahr flackerte die Debatte wieder auf. Es ist nicht ohne Reiz anzumerken, dass es der Präsident des Bundesverfassungsgerichts selbst war, Andreas Voßkuhle, der das Thema wieder aufbrachte. Voßkuhle sprach sich für eine Lockerung des Verbots der Fernsehübertragungen von Gerichtsverhandlungen aus. Er dachte in Richtung der früheren Dissenter von 2001 aus dem anderen Senat. Wenn man nicht wolle, so seine Begründung, dass die Darstellung von Geschworenenprozessen in amerikanischen Anwaltsserien und Gerichtsshows à la Barbara Salesch das Bild der Bürger von der deutschen Justiz prägten, müsse man dem Fernsehpublikum die Möglichkeit eröffnen, bei echten Gerichtsverhandlungen per Fernsehen „mit dabei“ zu sein.⁵ Diese

⁴ BVerfG, Urt. v. 24.1.2001 – 1 BvR 2023/95, 622/99 – BVerfGE 103, 44 – n-tv.

⁵ Quellen: faz.net, 25. November 2010, <http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/vosskuhle-fuer-gerichts-tv-auch-das-verfassungsgericht-braucht-die-glotze->

Überlegungen fanden und finden Resonanz auch bei seriösen Fernsehjournalisten, wie ich vor nicht langer Zeit feststellen konnte.

Und in der Tat könnte man mit der – kürzlich viel zu jung verstorbenen – Rechtshistorikerin und Medientheoretikerin Cornelia Vismann provozierend fragen: „War es nicht das, was den Protagonisten der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Gerichtsverfahrens vorgeschwebt hatte: eine Live-Übertragung für das interessierte Publikum? Und sind die Telezuschauer einem anwesenden Publikum nicht durchaus vorzuziehen?“⁶

Fügen wir gleich ein "Aber" hinzu: Wer würde denn zuschauen? Was würde das mit den Gerichtsverhandlungen machen? Wer und mit welchem Ziele schneidet dann die Verhandlung „fernsehgerecht“ zusammen? Und wer verwertet dann später – und wofür – die Ausschnitte? Wann wird gesendet? Live? Ich habe mehr Fragen als Antworten.

Es gab ja einmal Gerichtssendungen im Fernsehen, die man als hinreichend seriös und wirklichkeitsnah einstufen konnte. Die Älteren unter Ihnen erinnern sich vielleicht noch – sie hießen: „Das Fernsehgericht tagt“, „Ehen vor Gericht“, „Wie würden Sie entscheiden?“, „Das Verkehrsgericht“. Alle diese Sendungen "starben" irgendwann, weil die Quotenerwartungen sich nicht mehr erfüllten. Lag es am Fehlen von Aktionismus? Waren die Sendungen zu wirklichkeitsgetreu? Zu wenig wirklichkeitsgetreu? Gab es ein Zuviel an Pädagogik?

Und: Wäre das mit der Übertragung echter Verhandlungen heute anders? Wohl kaum.

In der Tat, Fernsehzuschauer würden nach kurzer Zeit merken, dass Gerichtsshows und wirkliche Gerichtsverhandlungen wenig gemein haben – wenn sie denn über Vergleichsmöglichkeiten verfügten. Aber hätten denn die Fernsehzuschauer etwas davon, außer dem sie wahrscheinlich fast automatisch befallenden Wunsch, sich möglichst bald aus dieser fast „action-freien“, wortlastigen Veranstaltung heraus zu zappen, nämlich in eine Reality-Show oder doch wieder in die unterhaltsamere Gerichtsshow?

[11070670.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,731205,00.html) <20.1.2012>; Spiegel Online, 25. November 2010, <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,731205,00.html> <20.1.2012>.

⁶ So Cornelia Vismann, Medien der Rechtsprechung, 2011, S. 272.

Diesen Gedanken würden die Fernsehschaffenden wahrscheinlich entgegen setzen, dass sie sich natürlich die publikumswirksamen Themen herausgreifen würden. Das wären dann sicher zumeist Strafrechtsfälle oder Fälle mit Prominentenbeteiligung. Wenn man bedenkt, dass der Mordprozess um O.J. Simpson teilweise 80 Mio. Zuschauer erreichte und wer sich die Anziehungskraft der gerichtlichen Auftritte von Boris Becker in seinem amerikanischen Scheidungsverfahren und von Dominique Strauß-Kahn bei seiner richterlichen Vorführung – in einem doppelten Sinne – vor Augen führt, kann sich die Blockbuster-Qualitäten eines dann per Fernsehen in die Wohnzimmer gebrachten Kachelmann-Prozesses – um ein aktuelles Beispiel zu nehmen – recht gut vorstellen. Natürlich alles unter Wahrung des deutschen Persönlichkeitsschutzes, ja, ja! Die Köpfe wären ordnungsgemäß gepixelt, alle Augenblicke hätte sich das Gericht wohl mit einem Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit zu befassen, um die Privatsphäre von Zeugen oder Angeklagten nicht zum „you-tube-Format“ werden zu lassen, und der solcherart Geschützte wird dann für sich noch überlegen dürfen, ob er seine Aussage nicht zusätzlich doch noch einem Medium der Sensationspresse teuer – vorher oder nachher - verkaufen sollte. Warum auch nicht: Dass das im Fernsehen Gezeigte käufliche „Ware“ ist, zeigen ja nicht nur die Werbeblocks zwischen den Sendungen oder die bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten kurz eingeblendeten Sponsorentexte, vielleicht dann verbunden mit einem Spruch wie: "Anschaulich präsentiert von "Coaching for Law", Ihr Spezialist für Litigation-PR" oder „Gerecht und fernsehgerecht dank TV-Rechtsschutz“?

Nun, Sie werden verzeihen, wenn hier die richterliche Phantasie zu einer solch gedachten schönen neuen Fernsehwelt der Live-Übertragungen von Gerichtsverhandlungen ein wenig ins Satirische abgeleitet.

Ernsthafter: Den wirklichen Informationswert von 1:1 übertragenen Gerichtsverhandlungen oder auch nur von Ausschnitten aus einer Gerichtsverhandlung halte ich für denkbar gering. Für zu gering jedenfalls, um die Nachteile von Fernsehübertragungen für das Gerichtsgeschehen auch nur ansatzweise aufzuwiegen.

Eines ist doch jedenfalls unbestreitbar: Die richterliche und die anwaltliche Arbeit könnte eine Fernsehübertragung jedenfalls nicht einmal ansatzweise verdeutlichen. Täuscht doch eine Fokussierung auf die mündliche Verhandlung darüber hinweg, dass 95 % jedenfalls der gerichtlichen Arbeit nicht in der öffentlichen Verhandlung geschieht, sondern davor oder danach. Ebenso wie wohl der anwaltlichen Arbeit.

Die Arbeit des Richters besteht vor allem aus Lesen und Denken, und Denken und Lesen. Die problemaufnehmende Lektüre der Akten, beim Verwaltungsprozess insbesondere auch der Behördenakten, der Gesetze und Gesetzesmaterialien, der Kommentare, der dazugehörigen Literatur – insgesamt: das sich „Sachkundigmachen“ – geschieht gerade außerhalb der mündlichen Verhandlung, einschließlich der zunehmend schwieriger werdenden Erarbeitung des relevanten Rechtsregimes. Meine Damen und Herren, Sie wissen es: Das ist die richterliche und vielfach auch die anwaltliche Kärnerarbeit. Hinzu kommt bei den Gerichten die Vor- und Nachberatung der Sache mit den Kammer- oder Senatskollegen respektive –kolleginnen; und dann: das Verschriftlichen, der Urteilstext.

Verhandlungen, in denen es – anders als im Straf- oder Ordnungswidrigkeitenrecht oder auch im Disziplinarrecht – nicht um persönliche Schuldvorwürfe geht, insbesondere natürlich auch Revisionsverhandlungen, bringen dementsprechend in der mündlichen Verhandlung letztlich nur einen kleinen Ausschnitt der tatsächlichen und rechtlichen Problematik zur Sprache. Richter und Anwälte reden zudem in einer Fachsprache und "abgekürzt" miteinander, was auf gemeinsamer Kenntnis der Akten und der grundlegenden Rechtslage beruht. Nur die danach kritischen, nicht aber die vielleicht das Publikum eher interessierenden Fragen werden von den Beteiligten als erörterungswürdig angesehen. Dies in einer Sprache, die mit einer Fülle von Codizes arbeitet - aus sehr guten Gründen.

Fernsehübertragungen würden Forderungen entstehen lassen, dass alles für Außenstehende verständlicher sein müsse. Wir kennen diese Diskussion aus der Forderung nach der Alltagsverständlichkeit richterlicher Entscheidungsbegründungen. Was nicht schädlich wäre, wenn solche

Übersetzungen möglich wären und wenn die Gerichte für solche Übersetzungsarbeiten zusätzlich Zeit hätten; Zeit, die sie angesichts ihrer überall knappen Ausstattung aber typischerweise nicht haben.

Schlimmer: Hinzu kämen – dies lässt sich ohne allzu große Phantasie prognostizieren – andere Forderungen, nämlich solche, die an das Verhalten der Richter gerichtet wären. Die erfolgreichste amerikanische Gerichtsshow – unter dem Titel „Judge Judy“ bekannt – ist anerkanntermaßen nur deshalb so erfolgreich, weil dort eine frühere Richterin die Verhandlungen in einem betont autoritären Stil durchführt, eine Forderung, die das Publikum durchaus auch an die in realen Verhandlungen agierenden Richter heranträgt.⁷ Und wenn ich gelegentlich im Fernsehen Ausschnitte aus amerikanischen Verhandlungen sehe, scheint es mir doch, als ob manche dieser Richter solche Publikumserwartungen nicht beiseite schieben können. Ich gebe zu, dass ich mir solche Effekte für das deutsche Rechtswesen nur ungern vorstellen möchte.

Die vorhin erwähnte Cornelia Vismann ging das Problem deutlich radikaler an. Aus kulturwissenschaftlicher – zugegebenermaßen nicht aus rechtlicher Sicht – wagte sie die These, dass die innere Logik des Gerichtsverfahrens der inneren Logik des Fernsehens widerspräche. Sie führte aus: „ Unter den Direktiven des Fernsehens ... wird allenfalls ein fernsehgerechtes Urteil zustande kommen. Das Ritual der gerichtlichen Wahrheitsfindung weicht zwangsläufig der Logik des Duells, sobald Kameras zugegen sind, so sehr sie sich auch unsichtbar machen.“⁸ Und: „Die Geschichte der Medien der Rechtsprechung ist eine Geschichte der Informalisierung des Verfahrens. Wer Medien im Prozess zulässt, bringt die Justiz um ihre eigene Medialität“.⁹

Das mögen einige nicht für einen Verlust halten. Aber es lohnt sich doch, darüber nachzudenken. Dazu wollte ich mit diesen Bemerkungen anregen.

Meine Damen und Herren Rechtsanwälte, ob die künftigen Fortbildungen der Anwaltschaft auch Kurse über fernsehgerechtes Verhalten beinhalten – im Zweifel mit Lernbeispielen aus echten Verhandlungen – wird auch von Ihnen

⁷ Oliver Meier, Im Namen des Publikums, Gerichtssendungen zwischen Fiktionalität und Authentizität, Medienheft 31. März 2003, www.medienheft.ch/kritik/bibliothek/k19_MeierOliver.html <20.1.2012>

⁸ C. Vismann, Medien der Rechtsprechung, 2011, S. 372.

⁹ C. Vismann, a.a.O., S. 374.

abhängen. Auch die Anwaltschaft ist gefordert, wenn es um die Frage geht, ob die Gerichtsöffentlichkeit auf die Saalöffentlichkeit beschränkt bleiben soll. Vielleicht haben Sie ja unter Ihrem ersten Generalthema schon Gelegenheit, auch darüber nachzudenken.

Was bleibt zu sagen? Fühlen Sie sich wohl in diesen Räumen des ehemaligen Reichsgerichts, des jetzigen Bundesverwaltungsgerichts, fühlen Sie sich wohl in der Stadt Leipzig, haben Sie eine interessante Zeit, gewinnen Sie neue Erkenntnisse mit – möge dies nicht zu kurz kommen –vielen guten Gesprächen am Rande!